

## Ratlos durch die Welt

Im hilflosen Umgang mit Putins Russland offenbart sich: Die deutsche Außenpolitik ist erstarrt | Von Henning Hoff

Es ist ein seltener Vorgang, dass Bundeskanzlerin und Außenminister sich gemeinsam an die Strafverfolgungsbehörden eines anderen Staates wenden. „Angesichts der herausgehobenen Rolle von Herrn Nawalny in der politischen Opposition in Russland sind die dortigen Behörden nun dringlich aufgerufen, diese Tat bis ins Letzte aufzuklären – und das in voller Transparenz“, hieß es am Montagabend in der Erklärung von Angela Merkel und Heiko Maas, nachdem Charité-Ärzte bestätigt hatten, der Anti-Korruptionskämpfer und Kreml-Kritiker Alexei Nawalny sei einem Giftanschlag zum Opfer gefallen war. „Die Verantwortlichen müssen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden.“

Nun werden die Verantwortlichen für Mordanschläge, denen Gegner von Russlands Präsident Wladimir Putin seit bald zwei Jahrzehnten mit auffälliger Regelmäßigkeit zum Opfer fallen, durchaus ermittelt. Der frühere FSB-Geheimdienstler Alexander Litwinenko wurde 2006 in London mit hochradioaktivem Polonium vergiftet und starb einen qualvollen Tod. Die Täter: Andrei Lugowoi und Dmitri Kowtun, geschickt im staatlichen Auftrag, wahrscheinlich mit Billigung Putins, so das Ergebnis der offiziellen Untersuchung von Sir Robert Owen 2016. Doch Moskau verweigert bis heute die Auslieferung; Lugowoi wurde gar ins russische Parlament, die Duma, gewählt, wo er noch heute sitzt. Auch wer den früheren Militärgeheimdienstler Andrei Skripal und seine Tochter in Salisbury mit dem geächteten Nervenkampfstoff Nowitschok 2018 fast umbrachte, ist kein Geheimnis: zwei Angehörige des russischen GRU.

So sollte die Botschaft von Merkel und Maas wohl heißen: Es reicht – was im Kreml allenfalls ein mattes Lächeln ausgelöst haben dürfte. Denn Putins Russland geht schon lange mit mörderischer Gewalt gegen



In die gleiche Richtung, aber ohne Kompass? Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Heiko Maas

Kritiker und Oppositionelle vor, ohne größere Konsequenzen fürchten zu müssen. In Moskau ist man geübt darin, die verfolgte Unschuld zu spielen und Zweifel zu säen. Wenn schon der permanente Propaganda- und Desinformationskrieg gegen Deutschland und seine Partnerländer, der Abschluss einer malaysischen Passagiermaschine über ukrainischem Gebiet mit fast 300 Toten 2014 oder ein großangelegter Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag ein Jahr später letztlich ohne Folgen blieben, warum sollte dies im Fall Nawalny nun anders sein?

Und tatsächlich ist die Merkel-Maas-Stellungnahme letztlich eine Erklärung der Hilflosigkeit. Schaut man genauer hin,

hat Deutschland gar keine Russlandpolitik mehr. Es gibt nur noch Versatzstücke, die kaum noch zusammenhängen beziehungsweise sich widersprechen. Sanktionen wegen der völkerrechtlichen Annexion der Krim hier, das europäischen Interessen zuwiderlaufende Gas-Pipeline-Projekt Nord Stream 2 dort. Derweil hält sich in breiten Teilen der völkerverhetzenden Annexion der Krim hier, das europäischen Interessen zuwiderlaufende Gas-Pipeline-Projekt Nord Stream 2 dort. Derweil hält sich in breiten Teilen der völkerverhetzenden Annexion der Krim hier, das europäischen Interessen zuwiderlaufende Gas-Pipeline-Projekt Nord Stream 2 dort.

Die Missverständnisse fangen schon dabei an, Putins Russland als „normales Land“ zu begreifen. Spätestens seit Ende

der 1990er-Jahre ist Europas riesiger, militärisch bedrohlicher Nachbar eine Kleptokratie, die zudem an einem Weltmachtverlust-Komplex leidet. Es kommt nicht von ungefähr, dass sich Putin unlängst per Verfassungsänderung die Möglichkeit einer Präsidentschaft auf Lebenszeit schuf: Das „System Putin“ ist nicht reformierbar, es kann sich nur immer weiter perpetuieren – und aggressiv gegen „Feinde“ vorgehen, nach innen wie nach außen.

Mit keinem anderen Staatschef der Welt hat Merkel in den vergangenen Jahren wohl öfter telefoniert als mit Putin. Mehr noch: Die russische Seite konnte sich zuletzt vor Gesprächsangeboten kaum retten. US-Präsident Donald Trump drängt darauf, Putin auf der Weltbühne zu rehabilitieren. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron lässt seit 2019 einen irreführenden „strategischen Dialog“ mit Moskau führen, der deutscherseits von eisigem Schweigen und seitens der mittel- und osteuropäischen Nachbarn von scharfer Kritik begleitet wird. Die EU robbte sich zuletzt auf eher unverfänglichen Themenfeldern wie Klima und Umwelt an Russland heran, aber auch dort: kein Interesse an einer Zusammenarbeit.

So setzt sich die Ratlosigkeit fort. Das Verhältnis soll sich nicht weiter verschlechtern, dafür tritt man nicht allzu laut für die eigenen Werte und Interessen ein. Ähnlich



ist Editor-at-Large von *Internationale Politik* und Executive Editor deren englischsprachiger Ausgabe, *Berlin Policy Journal*, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er ist Mit-Gründer des Verlags WELTKIOSK.

verhält es sich mit Belarus und Alexander Lukaschenka, dessen Wahlfälschungen noch plumper als die russischen sind. Da sich Lukaschenka den großen Bruder aus Moskau in den vergangenen Jahren mit einer Schaukelpolitik vom Leib zu halten versucht hat, ist Putins Linie bislang ein wenig zögerlich; doch ist klar, dass Moskau das Nachbarland nicht aus der für sich selbst beanspruchten „Einflusszone“ („nahes Ausland“) entlassen wird. Berlin dagegen steht natürlich auf der Seite der demokratischen Opposition, die „Europas letzten Diktator“ endlich loswerden will. In dieser Situation aber noch klarer Partei beziehen? Das kann lieber nicht.

Und es ist längst nicht nur die Russland-Politik. Auch wenn es um den Umgang mit China geht, ist die deutsche Außenpolitik in ähnlicher Weise erstarrt. Entweder gelingt Merkel noch der große Wurf einer „europäischen Lösung“, will sagen: eines von allen EU-Mitgliedstaaten getragenen, neuen und kritischeren Politikansatzes gegenüber Xi Jinpings immer rücksichtsloser aufstrebenden Weltmacht samt seiner parteigesteuerten Unternehmen wie Huawei. Oder aber die deutsche Politik zerbröckelt zwischen dem berechtigten, sich in der Causa Huawei und dessen Beteiligung am 5G-Mobilnetz formierenden parlamentarischen Widerstand und dem Beharrungswillen einer „Wirtschaftsbeziehungen um jeden Preis“-Politik.

Und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten? „Wir sind aufgewachsen in der Gewissheit, dass die USA Weltmacht sein wollen“, sagte Merkel der *Süddeutschen Zeitung* im Juni. „Wenn sich die USA nun aus freiem Willen aus der Rolle verabschieden sollten, müssten wir sehr grundsätzlich nachdenken.“ Mit solchem „grundsätzlichen Nachdenken“ kann die deutsche Außenpolitik gar nicht früh genug beginnen.

### AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPFER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

### Mit Moos

Wäre die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg nicht unlängst auf Kanzlerin Angela Merkel getroffen, hätten wir vor dem Hintergrund wieder steigender Covid-Infektionszahlen ganz vergessen, dass derzeit überall auf der Welt die Wälder brennen. Allen voran im Amazonas-Gebiet in nie da gewesenem Ausmaß. Jetzt soll deshalb das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten hinausgezögert werden. Eine Sanktionsmaßnahme.

Seit Beginn verstärkter Brandrodungen Anfang der 1990er-Jahre hat sich Brasilien kaum je um die weltweiten Aufschreie ob der Vernichtung des einzigartigen Ökosystems geschert. Im Gegenteil – die Eingriffe wurden immer vehementer. Das Problem dahinter ist ein Interessenkonflikt: Die Stabilität des Weltklimas zugunsten aller basiert auf der Unversehrtheit dieser gigantischen „grünen Lunge“. Dem aber stehen die individuellen Interessen der brasilianischen Bauern für die Sicherung und Mehrung ihres Lebensunterhalts entgegen. Interessenkonflikte ist nicht mit Appellen, Drohungen oder Sanktionen beizukommen, sondern nur mit Interessenausgleich.

Im Fall des Regenwaldes ist dieser allerdings nicht ganz einfach zu organisieren. Denn der Welt-Nutzen seines Klimabeitrags hat keinen konkreten Preis. Mehr noch: Gutes Klima ist ein öffentliches Gut, dessen sich jeder erst dann bewusst wird, wenn es sich verschlechtert. Wer den Regenwald retten will, kann heute schon über Umweltinitiativen – für vergleichsweise wenig Geld – einen Hektar Wald erstehen. Als Tropfen auf den heißen Stein sind diese Aktionen oft belächelt worden, obschon ihnen ein ökonomisch logischer Gedanke innewohnt: Der Klima-Beitrag des Regenwaldes braucht einen Preis. Das könnten die entgangenen Gewinne aus nicht realisierten landwirtschaftlichen Vorhaben oder dem verhinderten Abbau von Bodenschätzen sein. Nur wäre es nicht fair, diese Kosten in Form entgangener Gewinne allein dem Land aufzubürden, in dem der Wald zufällig wächst. Auf den Punkt gebracht hat das unlängst der Ökonom Hans-Werner Sinn mit der provokanten Forderung, die Weltgemeinschaft müsse den betroffenen Ländern den Regenwald als Ganzes abkaufen und dann seinen Schutz organisieren.

Der Gedanke ist nicht neu. Schon in den 1990er-Jahren wurde über eine Zahlungsbereitschaft der Weltgemeinschaft für den Schutz des Regenwaldes debattiert. Verfolgt wurden die vielen klugen Ideen leider nie. Man dachte, man könnte es billiger haben. Daran aber wird sich etwas ändern müssen. Sonst werden die Amazonaswälder nicht zu retten sein. Für seinen Produktionsanteil an gutem Klima wird die Welt Brasilien entschädigen müssen. Ein Modell dazu sollte sie sich lieber früher als später überlegen.

## Nach der Entzauberung

Versperrt die Identitätspolitik auf der Linken und der Rechten die Perspektive auf das Allgemeine? | Von Hans Vorländer

Aus dem Amerikanischen ins Deutsche eingewandert, wird *identity politics* als „Identitätspolitik“ zu einem neuen Kampffeld um Begriffe, Deutungen und Strategien. Dabei geht es nicht allein um den richtigen Sprachgebrauch, vielmehr laden sich politische Auseinandersetzungen zu einer kulturell determinierten Gegnerschaft von Gruppen auf, deren Unversöhnlichkeit den Diskurs belastet und gesellschaftliche Konflikte polarisiert. „Identitätspolitik“ ist zum Reflex einer politisch-kulturellen Landschaft separierter Milieus geworden, die wechselseitig um Anerkennung und Einfluss ringen und ihre jeweilige Identität gegen die Identitätsansprüche Anderer zu behaupten suchen.

Identitätspolitik ist neu, aber nicht so neu, wie vielfach angenommen wird. In den USA ist seit Jahrzehnten ein Kulturkampf um die Deutung der nationalen Geschichte zu beobachten, in deren Mittelpunkt das eigene und das zugeschriebene Verständnis von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen steht. Gegen das lange dominierende Narrativ einer durch angelsächsische und protestantische Einflüsse geprägten, überwiegend durch weiße Männer repräsentierten Politik und Kultur haben sich zuerst die Afroamerikaner, sodann aber auch, ab den 1960er-Jahren, Frauen und Homosexu-

elle zur Wehr gesetzt. Dabei ging es einerseits um die rechtliche Gleichstellung, andererseits aber auch um die Anerkennung der jeweiligen Geschichten von Unterdrückung und Diskriminierung im öffentlichen Raum. Besonders die Partei der Demokraten nahm sich dieser Gruppierungen auch programmatisch im Zeichen der Anerkennung und Förderung von Diversität an.

Vielfach ist diese US-amerikanische Entwicklung als Ausbildung eines linksidentitären Liberalismus beschrieben worden, der einen Paradigmenwechsel von auf die gesamte Gesellschaft bezogenen Emanzipationsanspruch hin zur Förderung spezifischer Individual- und Gruppenrechte vollzogen habe. Entscheidend dabei ist, dass der amerikanische Liberalismus, historisch mit den sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen von Franklin D. Roosevelt und Lyndon B. Johnsons Great Society verbunden, politische Forderungen von ökonomischen Verteilungsfragen auf symbolische Anerkennungsmechanismen von Zugehörigkeit umstellte. Ungleichheit wurde vornehmlich als solche der Unterdrückung und Diskriminierung von Individuen und Gruppen begriffen, die fortan selber ermächtigt werden sollten, ihre eigenen Erfahrungen als Opfer zu erzählen und Anerkennung der Anderen einfordern zu können.

US-amerikanische Neokonservative in der Reagan-Ära hingegen begriffen den Kampf um die Anerkennung von Minderheiten und ihrer Ansprüche auf öffentliche Repräsentanz als Kulturkrieg. „Multikulturalismus“ wurde nicht als empirische Beschreibung einer ethnisch und kulturell vielfältigen Gesellschaft verstanden, sondern als Angriff auf die traditionellen, in religiösen, familiären und suburbanen Milieus verwurzelten „Werte Amerikas“ – ein politischer Schachzug, der die Mobilisierung solcher Bevölkerungsschichten ermöglichte, die sich unter der Vorherrschaft liberal-identitärer Artikulationseliten zurückgesetzt, ausgegrenzt und folglich nicht mehr repräsentiert sahen. Ein Übriges tat die Entwertung der traditionellen



ist Direktor am Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung und Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Dresden. Er ist Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Zuletzt wurde er von der Bundesregierung in die Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit berufen.

Arbeitschaft durch Prozesse der Deindustrialisierung, die nicht nur den Verlust des Arbeitsplatzes sondern auch einer „ur-amerikanischen“ Lebensweise bedeutete. Donald Trumps Erfolg war es, genau dies erkannt und politisch mit seiner Parole von „Make America great again“ mobilisierbar gemacht zu haben.

Seitdem wird in den USA, aber nicht nur dort, darüber gestritten, ob die rechtspopulistische Revolte nicht als Gegenbewegung zum linksidentitären Liberalismus verstanden werden muss. Zumindest versuchen die sich identitär gebenden, verstehenden oder nennenden Strömungen, von den Le Pens über Pegida bis zur, nunmehr vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ den Eindruck zu erwecken, dass sie den Kulturkampf angenommen und das Abendland und seine Werte gegen Islamisierung, Zuwanderung und Multikulturalisierung zu verteidigen angetreten sind.

Wollte man die identitätspolitische Konfliktlinie der Gegenwart äußerst pointiert beschreiben, so ließe sie sich mit David Goodhart als Konfrontation zweier sehr unterschiedlicher Milieus skizzieren. Auf der einen Seite die „Anywheres“: eine kosmopolitische, meinungsstarke, akademisch gebildete Klasse, einen selbstbestimmten und permissiven, urbanen Lebensstil führend. Auf der anderen Seite die „Somewheres“, eine regional stark verwurzelte,

auf ihren traditionellen Herkunftsorten und Werten bestehende Klasse. Beide Milieus verteidigen ihre Lebensweise. Dabei markieren nicht so sehr, wenngleich vielfach auch, die sozioökonomischen Unterschiede die entscheidende Trennlinie. So kann ein „Soloselbständiger“ in der IT-Branche in prekärer Arbeitssituation leben, anders etwa als der ein Familienunternehmen führende Metzger, Handwerker oder Ingenieur. Was sie jedoch in kultureller Hinsicht trennt, sind Lebensweise und Lebensvorstellungen. Sie nehmen die Welt unterschiedlich wahr und kommunizieren in mehr oder minder geschlossenen sozialen Netzwerken.

Liberalisierung und Individualisierung haben ihren Preis. Wenn jede Person oder jede Gruppe ein Anrecht auf Anerkennung ihrer eigenen Sichtweise hat, sind Vermittlungsprozesse, auf die Politik angewiesen ist, kaum noch möglich. Nach der Entzauberung der großen, aus der Epoche von Aufklärung und demokratischer Revolution stammenden Erzählungen von Fortschritt, Vernunft und Gerechtigkeit macht sich ein gruppenbezogener Identitätsdiskurs breit, der in seiner Selbstbezüglichkeit Gesellschaften spaltet, es aber an einer Perspektive auf das Allgemeine fehlen lässt. Insofern stehen Demokratien vor erheblichen Herausforderungen, wollen und müssen sie doch gegenwärtigen Versuchen autoritärer und autokratischer Mächte widerstehen.